

## Vorlage Stadtparlament

|               |   |
|---------------|---|
| Datum         | 23. September 2021                          |
| Beschluss Nr. | 896   |
| Aktenplan     | 152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen |

### **Einfache Anfrage Oskar Seger und Donat Kuratli: «Dosenwerfen gegen alte weisse Männer - Unterstützt die Stadt St.Gallen unhaltbare Aktionen?»; Beantwortung**

Am 6. Juli 2021 reichten Oskar Seger und Donat Kuratli die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Dosenwerfen gegen alte weisse Männer - Unterstützt die Stadt St.Gallen unhaltbare Aktionen?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Vom 12. bis 14. Juni 2021 fanden in St.Gallen die feministischen Aktionstage statt, welche verschiedene Veranstaltungen an unterschiedlichen Örtlichkeiten beinhalteten. Am 12. Juni 2021 wurde beim Multertor im Rahmen der Aktionstage ein «Dosenwerfen gegen alte weisse Männer» durchgeführt. Für die Aktionstage, die jederzeit friedlich verliefen, lag eine polizeiliche Bewilligung vor.

#### **2 Beantwortung der Fragen**

##### *1. Wie äussert sich der Stadtrat zu dieser Veranstaltung?*

Der Stadtrat hält es im Rahmen eines demokratischen, auf Pluralität beruhenden Gesellschaftssystems für legitim und nachvollziehbar, dass sich Frauen für ihre spezifischen Anliegen auch mit ungewöhnlichen, bewusst Aufsehen erregenden Aktionen Gehör verschaffen wollen.

##### *2. Ist der Stadtrat der Auffassung, dass diese Veranstaltung mit dem Thema «Dosenwerfen gegen alte weisse Männer» dem Rassismus- und Diskriminierungsverbot widerspricht?*

Der Stadtrat ist nicht der Auffassung, dass die betreffende Veranstaltung dem in der Bundesverfassung<sup>1</sup> verankerten Rassismus- bzw. Diskriminierungsverbot widerspricht. Diskriminierung bedeutet die systematische Herabsetzung in einer Weise, welche den Betroffenen die Gleichberechtigung oder Gleichwertigkeit unter dem Gesichtspunkt der Grundrechte abspricht oder zumindest in Frage stellt und sie so als Menschen zweiter Klasse behandelt.

Davon kann in Bezug auf die Veranstaltung am 12. Juni 2021 nach Ansicht des Stadtrats nicht die Rede sein. Der Ausdruck «alte weisse Männer» ist hier vielmehr als feststehender politischer Begriff

---

<sup>1</sup> Vgl. Art. 8 Abs. 2 (BV; SR 101).

zu verstehen, der auf die Machtstrukturen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft abzielt. Dementsprechend waren auf den Büchsen Bilder allgemein bekannter männlicher Persönlichkeiten aus der nationalen und internationalen Politik angebracht. Dass es am 12. Juni 2021 allein darum und nicht um die Verunglimpfung von Männern gesetzteren Alters mit heller Hautfarbe ging, ergibt sich ohne Weiteres aus dem Kontext und dem eingangs erwähnten Veranstaltungsbeschrieb.

*3. Wie erklärt sich der Stadtrat, dass eine solche Veranstaltung durch die zuständige Direktion bewilligt wurde?*

Gesteigerter Gemeingebrauch auf öffentlichem Grund bedarf einer Bewilligung durch die Stadtpolizei. Bei der Ausübung ideeller Grundrechte wie insbesondere der Meinungsäusserungs-, der Versammlungs- sowie der Glaubens- und Gewissensfreiheit<sup>2</sup> besteht ein bedingter Anspruch auf gesteigerten Gemeingebrauch. Das bedeutet, dass die Bewilligung erteilt werden muss, wenn keine gewichtigen Interessen entgegenstehen.

Aspekte, die zur Ablehnung eines Bewilligungsgesuchs führen können, sind etwa (drohende) Gefährdungen und Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.<sup>3</sup> In Beachtung der rechtlichen Vorgaben bestand kein Grund, für die Veranstaltung am 12. Juni 2021 keine Bewilligung zu erteilen.

*4. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass künftige Veranstaltungen solcher Art auf öffentlichem Grund nicht mehr bewilligt werden?*

Der Stadtrat hat nach dem Gesagten keine Veranlassung, darauf einzuwirken, dass künftige Veranstaltungen solcher Art auf öffentlichem Grund nicht mehr bewilligt werden. Dass die Ansichten zu politischen Ausdrucksweisen auseinandergehen können, liegt auf der Hand. Gerade dies zeigt den hohen Stellenwert der Meinungsäusserungsfreiheit. Dabei ist eine gewisse Provokation, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, oft beabsichtigt. Bei solchen Veranstaltungen auf öffentlicher Grund appelliert der Stadtrat an die politische Korrektheit.

*5. Wird der Stadtrat eine Anzeige wegen Verletzung der Rassismustrafnorm einreichen?*

Art. 261<sup>bis</sup> (Diskriminierung und Aufruf zu Hass) des Schweizerischen Strafgesetzbuches<sup>4</sup> schützt Personen und Personengruppen vor Diskriminierung aufgrund ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung.

Zur Erfüllung des Tatbestandes ist immer erforderlich, dass die Täterschaft die Betroffenen deshalb herabsetzt oder diskriminiert, weil sie einer bestimmten Rasse, Ethnie oder Religion angehören. Eine Herabsetzung oder Diskriminierung aus anderen Gründen, etwa wegen des Geschlechts, erfüllt den

---

<sup>2</sup> Vgl. Art. 15, 16 und 22 BV.

<sup>3</sup> Vgl. Stefan Leutert, Polizeikostentragung bei Grossveranstaltungen, Schulthess Juristische Medien AG, Zürich/Basel/Genf 2005, S. 45 ff..

<sup>4</sup> SR 311.

Tatbestand von Art. 261<sup>bis</sup> StGB nicht<sup>5</sup>. Auch dürfen Äusserungen in diesem Zusammenhang nicht allein nach dem Wortlaut gemessen werden, da Übertreibungen und Vereinfachungen im Rahmen politischer Meinungsäusserungen üblich sind<sup>6</sup>.

Der Stadtrat sieht unter den gegebenen Umständen keine Verletzung von Strafnormen und damit auch keine Veranlassung, Strafanzeige einzureichen.

Beilage:

- Einfache Anfrage vom 6. Juli 2021

|   |   |  |                          |                          |                          |                          |                          |                          |
|---|---|--|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Keine Öffentlichkeitsarbeit | <input type="checkbox"/> Medienmitteilung | <input type="checkbox"/> Medienkonferenz |                          |                          |                          |                          |                          |                          |
| Stellungnahme Dritter:  | <input checked="" type="checkbox"/> Nein  | KOM                                      | RL                       | FIN                      | PD                       | ILA                      | UE                       | KöB                      |
|   | <input type="checkbox"/> Ja: →            | <input type="checkbox"/>                 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| kein Mitbericht (einverstanden)                                 |   | <input type="checkbox"/>                 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Mitbericht* liegt bei   |   | <input type="checkbox"/>                 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

\*Ergänzungen, Vorbehalte, Ablehnung

---

<sup>5</sup> Vgl. z.B. Ulrich Weder, Kommentar zum StGB, 2018, N 24b zu Art. 261<sup>bis</sup>.

<sup>6</sup> Vgl. z.B. BGE 147 IV 193.